

## **Heinrich-Albertz-Friedenspreis 2001**

**Berlin, 13.06.2001, Schöneberger Rathaus**

**Laudatio des Bundesvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt Dr. Manfred Ragati  
an den Träger des Heinrich-Albertz-Friedenspreises 2001**

**Paul Spiegel, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
Sehr geehrter Preisträger - lieber Paul Spiegel,  
Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie alle zur zweiten Preisverleihung des Heinrich-Albertz-Friedenspreises an diesem historischen Ort, im Schöneberger Rathaus, begrüßen zu dürfen.

Es ist für die Arbeiterwohlfahrt eine hohe Ehre, Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, lieber Johannes Rau, willkommen zu heißen. Ihre Anwesenheit dokumentiert erneut ihre innere Verbundenheit zu Heinrich Albertz und würdigt in einer besonderen Weise den Preisträger und unsere Wahl. Wir freuen uns daher sehr auf Ihre Würdigung des Preisträgers und danken Ihnen, dass Sie die damalige Zusage auf Anregung von Wilhelm Schmidt, als erster Preisträger die Laudatio für den nächsten zu halten, heute einlösen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir begrüßen sehr herzlich und freundschaftlich den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Paul Spiegel. Lieber Herr Spiegel, Sie sind der 2. Preisträger dieses jungen Preises der AWO. Der Bundesvorstand hat nicht nur einmütig, sondern einstimmig den Beschluss dazu gefasst. Dies ist ein Zeugnis der hohen Wertschätzung für Sie. Ihr Eintreten für den sozialen, den inneren Frieden, Ihr unerschrockenes Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit, Fremdenhass, gegen Gewalt und Totschlag ermutigt uns und viele im Lande. Gerade Sie als Repräsentant der Juden in Deutschland zeigen, wie auch Ihr sehr geschätzter Vorgänger Ignatz Bubis, dass wir frühzeitig gegen Bestrebungen und Bewegungen aufstehen müssen, gegen Menschen, die in der Andersartigkeit von Rasse, Religion und Herkunft nur Feinde sehen und sogar mit Gewalt die Demokratie zu zerstören bereit sind.

Meine Damen und Herren, die AWO steht von Herkunft und Geschichte in der Tradition der Werte von Toleranz, Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit. Mit der Preisverleihung an den Präsidenten des Zentralrats der Juden und an Paul Spiegel als Person stellen wir uns an Ihre und an die Seite der Juden in Deutschland. Die AWO hat diesen Preis geschaffen, um Persönlichkeiten an herausragender Stelle für soziale, tolerante, versöhnende Haltung zu ehren. Wir wollen sie als Vorbilder in einer offenen und demokratischen Gesellschaft würdigen. Wir haben den Preis nach einer Person benannt, die für die AWO von besonderer Bedeutung war. Heinrich Albertz war von 1949 - 1964 Vorsitzender der AWO, er war Politiker, insbesondere in Berlin, in diesem Haus, er war wieder Pfarrer zuletzt in Bremen. Egon Bahr und Johannes Rau haben ihn in Bonn bei der Verleihung des Preises an Johannes Rau in seiner kantigen und christlichen Art gewürdigt. Heute sind wir an einem historischen Ort, an dem Heinrich Albertz Höhen und Tiefen als Regierender Bürgermeister erleben durfte und erfahren musste.

Sie, Herr Bundespräsident, erinnerten in Ihrer Ansprache im Alten Bonner Rathaus, wie früh Sie dem Pfarrer Heinrich Albertz in Ihrer Heimatstadt Wuppertal im Kindergottesdienst begegnet sind oder ihn als Seelsorger und Beistand erfahren haben. Sie, Herr Bundespräsident, haben von den Grenzsituationen gesprochen, in denen er sich in seinem Leben befunden hat.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Spiegel, auch für Sie sind Grenzsituationen ein wichtiger Teil Ihres Lebens. In Ihrer Kindheit mussten Sie aus Deutschland fliehen, um dem

Holocaust zu entkommen. Das persönliche Erleben im tagtäglichem Leben kann keiner nachempfinden. Darin bleibt jeder für sich allein. Sie haben dennoch den Mut aufgebracht, im Land der Verfolger und Mörder das Leben nach der Nazi-Diktatur zu versuchen. Die Verzweiflung und die Vergeblichkeit, die einen oft mutlos werden läßt, haben Sie nicht Oberhand gewinnen lassen. Sie sind in Deutschland geblieben und haben in der Gemeinde in Düsseldorf, bei der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden als Vorsitzender und jetzt als Präsident des Zentralrats stets mutig Verantwortung übernommen. Trotzdem - möchte ich sagen.

Lieber Herr Spiegel, dieses Standhalten und Ihre Kraft, die aus der Überzeugung kommt, gibt Ihnen auch das Recht, deutlich und auch ärgerlich gegen Rechtsradikale, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu reagieren. Sie haben Recht, wenn Sie sagen - wie am 9. November 2000 - ‚wer von Leitkultur trompetet, der muss sich fragen lassen, ob dazu nicht auch Auschwitz, Oranienburg, Buchenwald, Fremde jagen, Synagogen anzünden, Obdachlose töten‘ dazugehörten. Oder wenn Sie erinnern: „In Art. I des Grundgesetzes heißt es: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen ist Aufgabe staatlicher Gewalt. Die Würde des Menschen“ - so fahren Sie fort - „aller Menschen ist unantastbar, nicht nur die des mitteleuropäischen Christen.“ Solche Sätze sind von tiefer Sorge , ja sogar von Angst getragen, die Sie in Ihren Gemeinden erleben.

Meine Damen und Herren, der Preis, den wir heute verleihen, hat den sozialen Frieden als Idee und Aufgabe. Was uns als Wohlfahrtsverband bewegt, ist die Sicherung und Weiterentwicklung des Sozialstaats in Deutschland, die soziale Entwicklung im wachsenden Europa in der Realität einer globalisierten Welt. Zwei Themen möchte ich nur anreißen:

- Die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit Armut und Reichtum in Deutschland.
- Die Fragen, wie wir wissenschaftliche Erkenntnisse, die an die Substanz des Menschseins rühren, mit den Grundwerten einer humanen Gesellschaft vereinbaren.

Dürfen wir alles, was wir können oder gibt es eine Grenze, die im Interesse unseres Menschseins nicht zu überschreiten ist, auch nicht mit wirtschaftlichen Interessen.

Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, haben in Ihrer großen Berliner Rede mit Bedacht und Sorgfalt abwägend Position bezogen. Ihre Mahnung wird auch bei denen, die die schwierigen Entscheidungen zu treffen haben, das Nachdenken stärken. Ihre Position wird Maßstab sein für die Politik und die Gesellschaft. Wenn Dämme nicht brechen sollen, muss man sie rechtzeitig verstärken. Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre nachdenkliche und dennoch klare Aussage, die eines Bundespräsidenten würdig ist.

Meine Damen und Herren, sozialer Frieden ist die Idee des Heinrich-Albertz-Preises. Zum sozialen Frieden gehört auch, die Fragen der sozialen Gerechtigkeit immer aufs neue zu erkennen.

Mit dem AWO-Sozialbericht 2000 „Gute Kindheit - Schlechte Kindheit, Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen“ haben wir die soziale Lage vieler Kinder und Jugendlicher öffentlich gemacht. Der Armuts- und Reichtums-Bericht der Bundesregierung, der erste überhaupt, bestätigt unsere Erkenntnisse. Deshalb ist es dringlichst geboten, die Ursachen für Armut in Deutschland zu bekämpfen: Arbeit- und Beschäftigung müssen erste Priorität in der Politik und in der Gesellschaft haben, auch bei den Unternehmern. Die Steuern sind gesenkt! Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Erziehung und Kindern müssen Bund und Länder mit einem Maßnahme-Bündel gestalten. Die Wohlfahrtsverbände sind als natürliche Partner bereit, daran noch stärker mitzuwirken. Die finanzielle Belastung durch Kinder muss durch eine noch stärkere staatliche Förderung verringert werden. Die neuen Initiativen können auch nur ein Ansatz dazu sein.

Insbesondere sollte die politische Phantasie Lösungen finden, wie Einkommensschwachen differenziert stärker geholfen wird als Einkommensstarken.

Meine Damen und Herren, Willy Brandt ermahnte bei der Unterzeichnung der Moskauer Verträge: "Was hilft uns der innere Frieden, wenn wir mit unseren Nachbarn nicht in Frieden leben." Diese Mahnung Willy Brandts kann man auch umkehren in einem Europa ohne äußere Feinde.

Der Frieden kann ein philosophisches Thema sein, wie es Kant gedacht hat. Für uns ist er ein tägliches reales Gut. Sie, Herr Bundespräsident, und, Sie, Herr Spiegel, haben durch Ihr öffentliches Wirken die Werte erfahrbar gemacht.

Der Friede ist in der Menschheitsgeschichte ein seltenes Gut. Das 20. Jahrhundert war in seiner ersten Hälfte statt von Frieden, von Krieg, Völkermord und politischer Verfolgung geprägt. Der Balkan, vor der Haustüre Mitteleuropas, lehrt uns wie brüchig das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft oder verschiedener Religionen sein kann. Deshalb: Eine Gesellschaft, die durch eigene demokratisch legitimierte Erklärungen die Menschenrechte und deren humane Werte für sich verbindlich erklärt hat, muss diese Werte leben, muss Hass und Gewalt bekämpfen, aber auch die Kraft zum Ausgleich und zur Versöhnung aufbringen.

Lieber Herr Spiegel, am bereits erwähnten 9. November 2000 haben Sie eine Forderung erhoben: "Wir lassen es uns nicht gefallen, dass hierzulande Menschen wieder Angst haben."

Wir haben dies als Aufforderung verstanden. Wir haben sie zum Titel einer Dokumentation gemacht. Diese legen wir heute zur Verleihung des Heinrich-Albertz-Friedenspreises vor. Die AWO und ihre Jugendwerke beschreiben darin Projekte und Initiativen gegen den Rechtsradikalismus. Viele unserer Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Ehrenamtliche und Freiwillige wollten und wollen einen Beitrag zur konkreten Umsetzung Ihrer Aufforderung vor dem Brandenburger Tor leisten, die mit dem Wort "WIR" begann.

Minderheiten zu schützen, ist uns als sozialer Verband tägliche Pflicht. Minderheiten, die uns als Mehrheit mit Gewalt terrorisieren, verdienen keinen Pardon. Was Sie verdienen, ist ein Angebot auszusteiern, auf den Weg eines anständigen Miteinanders zurückzufinden.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, Sie haben ebenfalls am 9. November 2000 vor dem Brandenburger Tor betont: "Ehrenamtliche Arbeit für ein friedliches Miteinander in unserem Land braucht die Unterstützung durch öffentliche Stellen, durch Verbände und Unternehmen."

Wir haben auch diese Aufforderung verstanden und werden sie mit Kräften unterstützen. Dazu gehört auch, dass wir Menschen auszeichnen, Menschen, die sich um den sozialen Frieden in unserem Land verdient gemacht haben, Menschen wie Paul Spiegel.

Herr Bundespräsident, lieber Johannes Rau, ich darf Sie um Ihr Wort bitten.